



Geschäftsführung Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 14.10.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 15.09.2008, 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Michael Zimmermann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	(i.V. für Herrn Neubert)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	
Herr Ulrich Breite	FDP	(ab 19.00 Uhr; i.V. für Herrn Repgen)
Herr Dietmar Repgen	FDP	(bis 19.00 Uhr)

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	
Frau Judith Wolter	pro Köln	(entschuldigt)

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	(entschuldigt)
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	(entschuldigt)
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Martin Schmitz	auf Vorschlag der FDP	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ali Esen
Frau Adelheid Langes

Herr Markus Danuser

Verwaltung

Herr Ingo Fleischer

Frau Ursula Herx

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Robert Kilp

Herr Hans-Jürgen Petry

Herr Gero Schmidt

Frau Andrea Scholer

(entschuldigt)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführer/in

Frau Kathryn Meier

Presse

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Zimmermann verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 3.2. Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2008
3834/2008
- 3.3. Entwicklung unerlaubter Einreisen in Köln 2008
3820/2008
- 3.4. Ergebnisse des Testbetriebes EC-Cash in den Meldebereichen
4025/2008
- 5.1.1. Stellungnahme der Verwaltung
3829/2008
- 5.2. Kooperationsmodell Friedhof und aktuelle Aktivitäten auf Melaten
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2008
AN/1782/2008
- 5.2.1. Stellungnahme der Verwaltung
3978/2008
- 5.3. Einbürgerungstest
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.09.2008
AN/1824/2008
- 5.3.1. Stellungnahme der Verwaltung

4044/2008

7.1.1. Stellungnahme der Verwaltung
4047/2008

9.5.2. Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Hinweise zu § 27 Abs. 2 des Satzungsentwurfes
3929/2008

9.16. Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes im
Jahr 2009
3518/2008

9.17. Beteiligung der Stadt Köln an der VITAKO (Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kom-
munaler IT-Dienstleister e.V.)
3487/2008

II Nichtöffentlicher Teil

15.3. Abschluss eines Rahmenvertrages für Dienstleistungen im Bereich Sicherheit
2118/2008

15.4. Beteiligung der Stadt Köln am Rahmenvertrag des Dachverbandes kommunaler
IT-Dienstleister (KDN) über den Bezug von Notebooks
3249/2008

15.5. Durchführung einer Europaweiten Ausschreibung über den Abschluss von Rah-
menverträgen für Allgemeine Softwareentwicklungsleistungen
1951/2008

15.6. Abschluss von Rahmenverträgen über Dienstleistungen für den Bereich IV-
Kundenservice
2147/2008

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Beauftragung von externen Beratern / Gutachtern

3104/2008

3.2 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2008
3834/2008

3.3 Entwicklung unerlaubter Einreisen in Köln 2008
3820/2008

3.4 Ergebnisse des Testbetriebes EC-Cash in den Meldebereichen
4025/2008

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Optimierte Dienstleistung im Bezirk und im modernen Europa
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.08.2008

5.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
3829/2008

5.2. Kooperationsmodell Friedhof und aktuelle Aktivitäten auf Melaten
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2008
AN/1782/2008

5.2.1 Stellungnahme der Verwaltung
3978/2008

5.3. Einbürgerungstest
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.09.2008
AN/1824/2008

5.3.1 Stellungnahme der Verwaltung
4044/2008

6 Mündliche Anfragen

7 Anträge

7.1. Wahl-O-Mat für die Kommunalwahl 2009 in Köln
Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2008
AN/1484/2008

7.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
4047/2008

7.2. Aufnahme von Fragen zum Thema Sicherheit in den KMZ 2008
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.09.2008
AN/1719/2008

8 Platzvergaben

8.1 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für den Zeitraum 2008 bis 2010;
hier: Änderungen der Ziffern 4.3 und 5.5.2
3178/2008

8.1.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung:
Volkskarnevalssitzung der KG Alt-Köllen von 1883 e.V. am 17.01. und
18.01.2009
3180/2008

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Ergebnis der Nachprüfung der im 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 (1734/2008) aufgeführten Mehrstellen - Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen Stellen
3139/2008

9.2 Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates durch Einrichtung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integrationsrates
1268/2008

9.3 Einrichtung von 14 Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden bei der Gebäudewirtschaft (GW)
3404/2008

- 9.4 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
1766/2008
- Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.2008
AN/1906/2008
- 9.5 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der
Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.09.2008
AN/1852/2008
- 9.5.1 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen
3014/2008
- 9.5.2 Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Hinweise zu § 27 Abs. 2 des Satzungsentwurfes
3929/2008
- 9.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.09.2008
AN/1851/2008
- 9.7 Leitbild Köln 2020
- Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln
0452/2008
- 9.8 3. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung vom 13.02.1998
0025/2008
- 9.9 Satzung Bürgerbegehren / Bürgerentscheid / Ratsbürgerentscheid
0071/2008
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 15.09.2008
AN/1908/2008
- 9.10 7. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2008 über das Offenhalten von Ver-
kaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen,
Lindenthal, Marsdorf, Sülz/ Klettenberg, Weiden, Nippes, Chorweiler, Porz- City,
Porz- Eil, Porz- Lind/Wahn/ Wahnheide/ Urbach, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück,
Höhenhaus und Mülheim
2914/2008
- 9.11 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Köln
5199/2007

- 9.12 Neufassung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln
hier: Anpassung an das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz
3407/2008
- 9.13 Umbau und Modernisierung Rechenzentrum Chorweiler in Köln-Chorweiler, Athener Ring
3456/2008
- 9.13.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung
3933/2008
- 9.14 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung Vergabe
hier: Programmoptimierung VIA VIS für die Baumaßnahmenverwaltung sowie Beschaffung von notwendigen Lizenzen
3468/2008
- 9.15 "Win-Win - für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
3474/2008
- 9.16 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes im Jahr 2009
3518/2008
- 9.17 Beteiligung der Stadt Köln an der VITAKO (Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister e.V.)
3487/2008

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11 Mitteilungen der Verwaltung

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

- 15.1 Wirtschaftlichkeitsberechnung und Bedarfsprüfung zur Verlagerung der Erstellung des Hochleistungsdrucks aus dem Rechenzentrum zu 100/4 Hausdruckerei und zum KDN Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister
1084/2008
- 15.2 Erneuerung eines Wartungs- und Supportvertrages für die Telefonanlage des Call-Centers
3586/2008
- 15.3 Abschluss eines Rahmenvertrages für Dienstleistungen im Bereich Sicherheit
2118/2008
- 15.4 Beteiligung der Stadt Köln am Rahmenvertrag des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) über den Bezug von Notebooks
3249/2008
- 15.5 Durchführung einer Europaweiten Ausschreibung über den Abschluss von Rahmenverträgen für Allgemeine Softwareentwicklungsleistungen
1951/2008
- 15.6 Abschluss von Rahmenverträgen über Dienstleistungen für den Bereich IV-Kundenservice
2147/2008

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten wurden nicht beraten.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Zur Sitzung lag keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

3 Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Beauftragung von externen Beratern / Gutachtern 3104/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen führt Herr Kahlen aus, der Rat habe festgelegt, welche Aufgaben der Daseinsvorsorge in privater Rechtsform oder in Eigenbetrieben erfüllt werden sollen. Für eine Gesamtanalyse möglicher Rückführungen der Leistungserstellung in die Kernverwaltung sei grundsätzlich ebenso ein entsprechendes Votum des Rates erforderlich. Im Rahmen organisatorischer Betrachtungen würden konkrete Aufgabenbereiche ohnehin hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und der Optimierung von Geschäftsprozessen untersucht.

Er sagt zu, die Mitteilung auch dem Finanzausschuss sowie dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis zu geben.

3.2 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - August 2008 3834/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Repgen erläutert Frau Boeck, in der Statistik seien derzeit noch nicht alle Fälle erfasst, in denen zurzeit aufgrund Passlosigkeit keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden könne. Zu einer der nächsten Sitzungen könne sie die aktuelle Zahl aber voraussichtlich nachreichen. Darüber hinaus sagt sie zu, im Berichtswesen die Ablehnungen aufgrund fehlender beziehungsweise nicht nachgewiesener Sprachkenntnisse gesondert auszuweisen.

3.3 Entwicklung unerlaubter Einreisen in Köln 2008 3820/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Frage von Herrn Detjen antwortet Herr Kilp, üblicherweise habe die Einweisung unerlaubt Eingereister in Wohnungen Vorrang vor einer Heimunterbringung. Aufgrund des unvorhersehbaren Anstieges der Einreisezahlen sei die Unterbringung in Wohnheimen im beschriebenen Zeitraum jedoch unumgänglich gewesen, dabei sei die Verwaltung kurzzeitig an Kapazitätsgrenzen gestoßen. Zwischenzeitlich habe sich die Situation aber wieder normalisiert.

3.4 Ergebnisse des Testbetriebes EC-Cash in den Meldebereichen 4025/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zimmermann begrüßt die beschriebene Maßnahme, die einen weiteren Schritt zu mehr Bürgernähe darstelle.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Es lag keine Mitteilung der Verwaltung vor.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Optimierte Dienstleistung im Bezirk und im modernen Europa Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.08.2008

5.1.1 Stellungnahme der Verwaltung 3829/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Vorschlag von Herrn Zimmermann wird die Beantwortung gemeinsam mit der Beschlussvorlage „Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa“ unter TOP 9.4 beraten.

5.2 Kooperationsmodell Friedhof und aktuelle Aktivitäten auf Melaten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2008 AN/1782/2008

5.2.1 Stellungnahme der Verwaltung 3978/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter verweist auf einen Diskussionsbedarf hinsichtlich einer satzungsmäßigen Verankerung von Flächenobergrenzen und äußert Bedenken über eine mögliche Wettbewerbsbeschränkung durch das Kooperationsmodell. Darüber hinaus befürwortet er das Aussprechen

eines Vergabevorbehaltes entweder im AVR oder im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün.

Herr Detjen möchte wissen, inwieweit die nicht genehmigte Baumaßnahme gegen den Denkmalschutz verstoßen habe und ob von einer Störung der Totenruhe auszugehen sei. Außerdem interessiere ihn, wie der Bauunternehmer den Umbau finanziert habe.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

**5.3 Einbürgerungstest
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.09.2008
AN/1824/2008**

**5.3.1 Stellungnahme der Verwaltung
4044/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Ausbau des Rhein-Centers in Weiden

Auf Anfrage von Herrn Wolter legt Herr Kilp dar, die Anwohnerbeschwerden betreffen verschiedene Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung. Die Ausbaumaßnahmen seien zwischenzeitlich nahezu abgeschlossen, so dass keine weiteren Störungen der Nachtruhe diesbezüglichen zu befürchten seien. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens habe das Verwaltungsgericht überdies entschieden, dass das Rhein-Center zukünftig nur bis 21 Uhr öffnen dürfe. Darüber hinaus sei eine zulässige Höchstgrenze von drei verkaufsoffenen Sonntagen festgelegt worden, wobei der Betreiber für jede Sonderöffnung eine entsprechende Genehmigung einholen müsse. Des Weiteren gehe das Amt für Öffentliche Ordnung Anwohnerhinweisen auf widerrechtliche Nutzungen des öffentlichen Straßenlandes durch regelmäßige Kontrollen nach.

6.2 Anti-Islamisierungskongress in Köln

Auf Bitte von Herrn Detjen schildert Herr Kahlen, die Verwaltung werde während des Anti-Islamisierungskongresses eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Die Öffentlichkeit werde mittels weiterer Presseerklärungen etc. über mögliche Einschränkungen im Innenstadtbereich, insbesondere am 20.09.2008, informiert.

7 Anträge

**7.1 Wahl-O-Mat für die Kommunalwahl 2009 in Köln
Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2008
AN/1484/2008**

7.1.1 Stellungnahme der Verwaltung 4047/2008

Mit Hinweis auf die nachvollziehbare Stellungnahme der Verwaltung zieht Herr Repgen den Antrag zurück.

7.2 Aufnahme von Fragen zum Thema Sicherheit in den KMZ 2008 Antrag der FDP-Fraktion vom 01.09.2008 AN/1719/2008

Herr Repgen erläutert den Antrag.

Herr Detjen erwidert, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei von vielen Faktoren, beispielsweise vom Alter der Befragten, abhängig. Eine Abfrage des Sicherheitsgefühls sei daher im Hinblick auf die tatsächliche Sicherheitslage in Köln nach seiner Auffassung nicht aussagekräftig.

Herr Granitzka unterstützt den Antrag, zumal er keine besonderen Zusatzkosten verursache. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei als Bestandteil der Öffentlichen Sicherheit anzusehen, es komme nicht nur auf die Kriminalitätsstatistik an. Eine Umfrage über das Sicherheitsgefühl zeige Handlungsfelder für eine verstärkte Präventions- und Informationsarbeit von Polizei und Stadtverwaltung auf.

Herr Kahlen merkt an, grundsätzlich sei eine erneute Aufnahme dieses Themenbereiches möglich. Er weist ergänzend auf eine Umfrage der Universität Köln zur „Sicherheit und Lebenszufriedenheit in Kölner Stadtteilen“ hin, die im Auftrag der Polizei durchgeführt worden sei.

Auf weitere Frage von Herrn Detjen ergänzt Herr Romotzky, grundsätzlich seien die Kapazitäten hinsichtlich des Umfangs einer Umfrage begrenzt. Aus diesem Grund müsse eine Auswahl von Themenbereichen getroffen werden, so dass in der Konsequenz nicht alle in der Vergangenheit gestellten Fragen erneut aufgenommen worden seien. Eine Berücksichtigung der Fragestellungen zum Sicherheitsgefühl der Kölner Bürger sei nur deshalb so kurzfristig möglich, weil andere Themenbereiche nicht weiter verfolgt worden seien.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, den Themenbereich „Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung“ in den Kommunalen Mikrozensus 2008 mit aufzunehmen. Die Fragen haben sich dabei an dem Umfang von 1995 und 2004 zu orientieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt

8 Platzvergaben

8.1 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für den Zeitraum 2008 bis 2010; hier: Änderungen der Ziffern 4.3 und 5.5.2 3178/2008

**8.1.1 Ergänzungende Mitteilung der Verwaltung:
Volkskarnevalssitzung der KG Alt-Köllen von 1883 e.V. am 17.01. und
18.01.2009
3180/2008**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschließt die Änderungen der Ziffern 4.3 und 5.5.2 des Vergabekonzeptes für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt vom 03.12.2007.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Änderungskonzept ab sofort zu verfahren.
3. Mitte 2010 soll ein Erfahrungsbericht über die Arbeit mit diesem Konzept vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

**9.1 Ergebnis der Nachprüfung der im 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan
2008 / 2009 (1734/2008) aufgeführten Mehrstellen - Freigabe der für das Jahr
2009 erforderlichen Stellen
3139/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Bitte von Frau von Bülow in die nächste Sitzung vertagt.

**9.2 Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates durch Einrich-
tung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integra-
tionsrates
1268/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates die Einrichtung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integrationsrates.

Die erforderlichen Personal- und Sachkosten sind im Haushalt für 2009 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Einrichtung von 14 Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kinder-
tagesstätten und Verwaltungsgebäuden bei der Gebäudewirtschaft (GW)
3404/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Einrichtung von sieben Stellen TA, VGr. Vb/IVb/IVa + TZ BAT (EGr. 10 TVöD) und sieben Stellen Techniker/in, VGr. Vc/Vb BAT (EGr. 8 TVöD) für die Objektbetreuung und Bauunterhaltung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2010.

Um die Stellen kurzfristig besetzen zu können, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

**9.4 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
1766/2008
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.2008
AN/1906/2008**

Frau von Bülow zeigt sich erfreut, dass das Konzept zum Bürgerservice nach einem langen Prozess nunmehr verabschiedet werden könne. Hervorzuheben sei insbesondere die Schaffung einheitlicher Strukturen in allen neun Stadtbezirken. Sie begründet die einzelnen Punkte des Änderungsantrages.

Herr Granitzka begrüßt die Verwaltungsvorlage, mit der von einer stärkeren Zentralisierung Abstand genommen werde. Er bemerkt, im Rahmen der üblichen Verwaltungsarbeit sei eine kontinuierliche Evaluation selbstverständlich, so dass es diesbezüglich keines Änderungsantrages bedürfe. Er bitte daher, die Beschlussvorlage unverändert zu beschließen.

Herr Repgen befürwortet ebenfalls das Gesamtkonzept, welches im Vergleich zur Ursprungsidee der stärkeren Konzentration von Aufgaben in weiten Teilen verändert worden sei. Er stimme der Vorlage unter dem Vorbehalt der ausführlichen Diskussion im Rat, insbesondere im Hinblick auf die Rückmeldungen aus den Bezirksvertretungen, zu.

Herr Zimmermann fügt hinzu, es bestehe breiter Konsens über das nunmehr vorgelegte Konzept, welches eine Grundlage für das zukünftige Verwaltungshandeln darstelle. Mit dem entwickelten Kompromiss zwischen zentraler und dezentraler Aufgabenerfüllung werde ein bürgernahes Angebot in allen Stadtbezirken sichergestellt, ohne dass die Verwaltung zu alten Strukturen zurückkehre. Darüber hinaus sei die Einarbeitung der EU-Richtlinie in das Gesamtkonzept positiv zu bewerten. Als Bestandteil einer ambitionierten Service-Kampagne werde die Konzeption den Anforderungen an eine zukunftsorientierte Verwaltung gerecht.

Auf Rückfragen von Herrn Detjen und Herrn Repgen erläutert Herr Kahlen, die Verwaltung erhalte keine Zuschüsse seitens des Bundes oder der EU. Bei übergreifenden Aufgaben finde lediglich eine Kostenbeteiligung auf Bundes- oder EU-Ebene statt, beispielsweise im Rahmen einer Finanzierung von notwendigen Ausschreibungen. Er erläutert weiterhin, die Stufe vier müsse als ständiger Prozess der Weiterentwicklung des Bürgerservices verstanden werden und hänge von der erfolgreichen Umsetzung der Stufen eins bis drei ab. Hierzu zähle zweifelsohne auch die Evaluation, die für eine gezielt ausgerichtete Bürgerorientierung notwendig sei.

Des Weiteren bedankt er sich für die positive Resonanz des Ausschusses. Das auf eine Initiative des Rates zurückzuführende Konzept sei jedoch nur dann erfolgreich, wenn alle Beschäftigten diesen Servicegedanken auch konsequent umsetzten. Hierzu seien unter anderem eine ausreichende Personalausstattung sowie die Durchführung entsprechender Schulungsmaßnahmen erforderlich. Er berichtet ergänzend, die Stadt Köln habe mit ihrer Bewerbung „E-Participation-Der Kölner Bürgerhaushalt als Startinitiative“ einen Preis im 8. E-Government-Wettbewerb des Bundesinnenministeriums mit der Begründung erhalten, dass

diese Form der Bürgerbeteiligung ein Meilenstein in Richtung Bürokratieabbau und Bürgerorientierung sei.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

Der Beschlusstext der Verwaltung soll wie folgt geändert bzw. ergänzt werden:

1.

Das Konzept soll dahingehend präzisiert werden, dass die Infotheken und Servicezentren ihre Öffnungszeiten aufeinander abstimmen und zudem die Öffnungszeiten stärker an das aktuelle Kundenverhalten angepasst werden. Dies betrifft insbesondere die Verlängerung am frühen Abend und die Zeit ab 7 Uhr morgens.

Die Aufgabenverteilung zwischen Infotheken und Servicezentren so zu gestalten, dass den BürgerInnen einfache Dienstleistungen auch an der Infotheke angeboten werden und das im Konzept dargestellte Aufgabenspektrum dahingehend überprüft wird.

2.

Es soll geprüft werden, einen Werktag in Kooperation mit anderen Behörden mit Publikumsverkehr als „Servicetag“ zu gestalten, öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

3.

Die Umsetzung und Praxiserfahrung mit der ersten „Optimierung Bürgerservice in den Stadtbezirken“ ist so zu evaluieren, dass das Ergebnis den zuständigen Ausschüssen bis Mitte 2010 vorgelegt werden kann. Dies schließt eine repräsentative Nutzerbefragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit ein.

4.

Das vorliegende Konzept gliedert sich in drei Stufen, die umgesetzt werden sollen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder umgesetzten Stufe einen Ist/Soll-Vergleich in Hinsicht auf Ressourceneinsatz und Leistungsspektrum für die Kunden zeitnah dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und dem Finanzausschuss darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

Beschluss über die Vorlage unter Berücksichtigung des Änderungsantrages:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt das beigefügte Konzept „Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa“ und beauftragt die Verwaltung, die Stufen 1 bis 3 des Konzeptes sofort umzusetzen. Der AVR erhält halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Bürgerservice bei der Stadt Köln.

Die notwendigen Finanzmittel wurden im Rahmen des Veränderungsnachweises in den Haushaltsplan aufgenommen.

Der Beschlusstext der Verwaltung wird wie folgt geändert:

1.

Das Konzept soll dahingehend präzisiert werden, dass die Infotheken und Servicezentren ihre Öffnungszeiten aufeinander abstimmen und zudem die Öffnungszeiten stärker an das aktuelle Kundenverhalten angepasst werden. Dies betrifft insbesondere die Verlängerung am frühen Abend und die Zeit ab 7 Uhr morgens.

Die Aufgabenverteilung zwischen Infotheken und Servicezentren so zu gestalten, dass den BürgerInnen einfache Dienstleistungen auch an der Infotheke angeboten werden und das im Konzept dargestellte Aufgabenspektrum dahingehend überprüft wird.

2.

Es soll geprüft werden, einen Werktag in Kooperation mit anderen Behörden mit Publikumsverkehr als „Servicetag“ zu gestalten, öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

3.

Die Umsetzung und Praxiserfahrung mit der ersten „Optimierung Bürgerservice in den Stadtbezirken“ ist so zu evaluieren, dass das Ergebnis den zuständigen Ausschüssen bis Mitte 2010 vorgelegt werden kann. Dies schließt eine repräsentative Nutzerbefragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit ein.

4.

Das vorliegende Konzept gliedert sich in drei Stufen, die umgesetzt werden sollen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder umgesetzten Stufe einen Ist/Soll-Vergleich in Hinsicht auf Ressourceneinsatz und Leistungsspektrum für die Kunden zeitnah dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und dem Finanzausschuss darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.09.2008
AN/1852/2008**

**9.5.1 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen
3014/2008**

**9.5.2 Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Hinweise zu § 27 Abs. 2 des Satzungsentwurfes
3929/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Bitte von Herrn Wolter in die nächste Sitzung vertagt.

**9.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.09.2008
AN/1851/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Bitte von Herrn Wolter in die nächste Sitzung vertagt.

**9.7 Leitbild Köln 2020
- Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln
0452/2008**

Herr Detjen äußert sich enttäuscht über die nach seiner Auffassung schwachen Leitlinien.

Herr Danuser bittet, die Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zu berücksichtigen.

Herr Granitzka stimmt dem zu und schlägt vor, sich dem Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren anzuschließen.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der Fassung des Ausschusses für Soziales und Senioren):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Leitlinien für ein soziales Köln in Form und Inhalt das Leitbild Köln 2020 ergänzen und konkretisieren.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung hierzu ergänzend

- a) den Leitlinien-Prozess zu initiieren und entsprechend der zwischen der Verwaltung und den Prozessbeteiligten (insbesondere der Leitbildgruppe "Moderne Stadtgesellschaft") abgestimmten Vorschläge zu gestalten,
- b) das vorgeschlagene differenzierte Berichtswesen mit vorhandenen Ressourcen haushaltsneutral aufzubauen, sowie
- c) die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen zur Wahrnehmung der zusätzlichen freiwilligen Aufgaben zu schaffen,
- d) im zweiten Abschnitt des Kapitels „Köln – eine soziales Stadt“ (Seite 4) die Aufzählung des ersten Satzes um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ zu erweitern und
- e) in Kapitel „Elemente des sozialen Köln“, Punkt 7 „Kooperation und Partizipation“ (Seite 9) in die Aufzählung „Lesben, Schwule und Transgender“ mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.8 3. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung vom 13.02.1998
0025/2008**

Auf Vorschlag von Herrn Zimmermann ist der Ausschuss einverstanden, die Änderungen des Wirtschaftsausschusses zu übernehmen.

Beschluss (in der Fassung des Wirtschaftsausschusses):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt den Erlass der 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

Warenauslagen nach Tarif-Nr. 3, die bis zu 0,50 m in den Straßenraum hineinragen, bleiben weiterhin Erlaubnis- und Gebührenfrei.

Beim Aufstellen von Kundenstoppeln auf Gehwegen ist eine ausreichende, verbleibende Mindestgehwegbreite zu gewährleisten. Bei Tarif-Nr. 8.4 ist eine entsprechende Ergänzung vorzunehmen. Hierzu legt die Verwaltung dem AVR einen entsprechenden Vorschlag vor.

In der Anlage 2 wird im Paragraphen 3 der Punkt a ersatzlos gestrichen. Die folgenden Unterpunkte verändern sich entsprechend in ihrer Gliederungsbezeichnung.

Die Tarif-Nr. 3 soll weiterhin lauten:

„Warenauslagen vor Verkaufsstätten, die mehr als 0,5 m in den Straßenraum hineinragen...“

Im Gebührentarif zur Satzung wird unter Ziff. 7 das Wort „kommerziell“ eingefügt. Der Text heißt dann:

„Kommerzielle Passantenbefragungen“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

**9.9 Satzung Bürgerbegehren / Bürgerentscheid / Ratsbürgerentscheid
0071/2008
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 15.09.2008
AN/1908/2008**

Beschluss über den Änderungsantrag:

§ 2 Abs. 5 Satz 3 wird wie folgt geändert:

Die Sammlung von Unterschriften oder eine Auslage von Unterschriftenlisten in städtischen Räumlichkeiten – außer in Schulgebäuden – ist zulässig.

§ 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Die Vertreterinnen/Vertreter des Bürgerbegehrens sind als Zuhörer zur Ratssitzung einzuladen. Im Rahmen der Beratung und Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens soll einem Vertreter/einer Vertreterin des Bürgerbegehrens Gelegenheit gegeben werden, den Antrag in der Sitzung des Rates zu erläutern.

§ 5 wird wie folgt geändert:

(1) Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag statt. Der konkrete Abstimmungstag wird vom Rat nach folgender Maßgabe bestimmt:

1. Die Abstimmung findet frühestens am vierten Sonntag nach der Zurückweisung des Bürgerbegehrens durch den Rat bzw. nach dem Beschluss des Rates zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids statt.
2. Findet zwischen der fünften und dreizehnten Woche nach der Zurückweisung des Bürgerbegehrens durch den Rat bzw. nach dem Beschluss des Rates zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids eine Wahl statt, so wird die Abstimmung auf diesen Tag gelegt.

(2) Die Abstimmungszeit dauert von 8 bis 18 Uhr.

§ 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Die Oberbürgermeisterin/Der Oberbürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Die Stimmbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Die Stadtbezirksgrenzen sollen eingehalten werden. Die Stimmräume sollen nach Möglichkeit in den auch für die Wahlen genutzten städtischen Gebäuden untergebracht werden. Finden gleichzeitig Wahlen statt, so müssen die Stimmbezirke für die Abstimmung und die Wahlen dieselben sein.

§ 19 wird mit einem Satz 2 wie folgt ergänzt:

Ebenfalls entsprechende Anwendung finden die Bürgerentscheid-Durchführungsverordnung des Innenministeriums (GV. NRW,....) sowie die Kommunalwahlgeräteverordnung (GV. NRW,....)

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

1. Der Rat beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden in der in Anlage 1 beigefügten Fassung.
2. Der Rat beschließt die Dritte Änderungsatzung der Hauptsatzung der Stadt Köln gemäß Anlage 5.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

9.10 7. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2008 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/ Klettenberg, Weiden, Nippes, Chorweiler, Porz- City, Porz- Eil, Porz- Lind/Wahn/ Wahnheide/ Urbach, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus und Mülheim 2914/2008

Im Hinblick auf die noch ausstehende Beratung in einigen Bezirksvertretungen schlägt Herr Wolter vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen antwortet Herr Kahlen, in der kleinen Konsensrunde zeichne sich ein positiver Gesprächsverlauf dahingehend ab, dass der Katholikenausschuss nicht aus der Runde austrete. Ziel sei außerdem die Erarbeitung eines Vorschlages für die Sonderöffnungen in 2009. Eine Empfehlung werde der großen Konsensrunde sowie den Gremien baldmöglichst zur Beratung vorgelegt.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

9.11 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Köln 5199/2007

Auf Rückfrage von Herrn Detjen bestätigt Frau Parent die Intention, mit dieser Vorlage zwei Regelwerke zusammenzufassen. Darüber hinaus seien einige Änderungen, insbesondere hinsichtlich der Regularien für die Festlegung von Teilnehmerentgelten, eingearbeitet worden.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage zu dieser Beschlussvorlage paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.12 Neufassung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln
hier: Anpassung an das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz
3407/2008**

Auf Bitte von Herrn Granitzka verweist der Ausschuss die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt die Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

**9.13 Umbau und Modernisierung Rechenzentrum Chorweiler in Köln-Chorweiler, Athener Ring
3456/2008**

**9.13.1 Ergänzende Mitteilung der Verwaltung
3933/2008**

Herr Wolter begrüßt die Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten in dieser Vorlage.

Herr Zimmermann verweist auf die ausführliche Beratung im Unterausschuss luK und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Vorentwurf und die Kostenberechnung für den Umbau und die Modernisierung des Rechenzentrums Chorweiler in Köln-Chorweiler, Athener Ring 4, mit Gesamtbaukosten in Höhe von 9.076.432 Euro und beauftragt die Verwaltung unter der Voraussetzung, dass die Gremien des LVR im September 2008 der beschriebenen Nutzung von Teilen der Fläche des Rechenzentrums zustimmen, mit der Weiterplanung und Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Ausführung der Baumaßnahme durch einen Generalunternehmer. Der Bedarf an den Honoraren für Projektleitung und -steuerung der Gebäudewirtschaft, an dem Austausch des Kabels in der Leitungsverbindung zwischen dem Spanischen Bau und dem Stadthaus Chorweiler sowie der netztechnischen Einrichtung der Rechenräume des Amtes für Informationsverarbeitung mit weiteren Kosten in Höhe von insgesamt 1.266.100 € wird anerkannt. Auf einen Vergabevorbehalt bezüglich der letzten beiden Maßnahmen wird verzichtet.

Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme mit Gesamtkosten von 10.342.532 € erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.14 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung Vergabe
hier: Programmoptimierung VIA VIS für die Baumaßnahmenverwaltung so-
wie Beschaffung von notwendigen Lizenzen
3468/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf für die Programmoptimierung VIA VIS sowie die Beschaffung von notwendigen Lizenzen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wieder- vorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.15 "Win-Win - für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial-
und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude
3474/2008**

Herr Wolter schlägt vor, die Vorlage wie der Wirtschaftsausschuss ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Herr Zimmermann erwidert, grundsätzlich sei diese Maßnahme bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen worden. Hierbei handele es sich um eine wegweisende Vorlage, die zum Einen zur Erhaltung städtischer Gebäude beitrage und zum Anderen junge Menschen in Arbeit bringe.

Herr Granitzka und Herr Detjen stimmen dem zu und bitten, die Vorlage zu beschließen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Durchführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, sowohl mit dem Ziel, junge arbeitslose Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, als auch mit dem Ziel der Wertverbesserung städtischer Gebäude. Mit der Durchführung wird das Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Arbeitsmarktförderung, beauftragt.

In der Haushaltssatzung 2008/2009 sind zur Durchführung des Projektes im Teilfinanzplan 1501 investive Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 8040-1501-0-5000 im Jahr 2008 in Höhe von 1.000.000,00 EUR und in 2009 in Höhe von 3.500.000,00 EUR veranschlagt.

Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen Mehrstellen

- 1 Stelle Technische/r Angestellte/r VGr. IVa/III + TZ, Fg. 1/1c BAT (EG 11 TVöD)
- 1 Stelle StOI BGr. A 10 BBO bzw. VA VGr. IVb, Fg. 1a BAT (EG 9 TVöD)
- 1 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)

zum Stellenplan 2010 befristet bis zum 31.12.2010 einzurichten.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung der zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 161.300 EUR und der zusätzlichen Sachaufwendungen in Höhe von 39.000 EUR erfolgt durch Wenigeraufwendungen der im Teilplan 1501 (Wirtschaft und Tourismus) veranschlagten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Stadtverschönerungsprogramms. Zum Haushalt 2010 werden entsprechende Finanzmittel im Wege der Umschichtung aus den konsumtiven Mitteln des Stadtverschönerungsprogramms bereitgestellt.

Das vorgelegte Konzept ersetzt das vom Finanzausschuss am 09.06.2008 beschlossene Erfordernis der Freigabe von Einzelmaßnahmen des Win-Win-Projektes durch den Finanzausschuss. Die Mittelfreigabe erfolgt nach Maßgabe der Zuständigkeitsregelung über Freigaben von investiven Auszahlungen (Finanzausschuss vom 09.06.2008) nach dem für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes geltenden Verfahren. Der Wirtschaftsausschuss wird über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

Nach Abwicklung des Projektes entstehen keine weiteren Folgekosten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.16 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes
im Jahr 2009
3518/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt die Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz (DTA) zur aufsuchenden medizinischen Versorgung Drogenabhängiger in Kölner Drogenhilfeeinrichtungen im Jahr 2009.

Der weitere Betrieb erfolgt auf der Grundlage und unter Vorbehalt der Förderung durch das Land NRW, die im Jahr 2009 wie bisher im Umfang von 86.900,00 € erfolgen soll. Die Maßnahme wird dem Förderzeitraum entsprechend bis zunächst zum 31.12.2009 verlängert.

Für die DTA werden im Jahr 2009 folgende befristete Stellen zur Verfügung gestellt:

0,5 Stelle Fachärztin/-arzt, VGr. Ib/Ia, Fg. 1/1 BAT (EG 15 TVÖD)

1,0 Stelle Gesundheits- und Krankenpfleger/in, VGr. KR VI, Fg. 7 BAT (EG KR 9a TVÖD)

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind im Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2008/2009, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienste, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.17 Beteiligung der Stadt Köln an der VITAKO (Bundes-Arbeitsgemeinschaft
Kommunaler IT-Dienstleister e.V.)
3487/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln stimmt einer eigenen Mitgliedschaft der Stadt Köln im Bundesverband der kommunalen IT-Dienstleister VITAKO zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Zimmermann
Vorsitzender

Meier
Schriftführerin